

Mittel zwischen Ost und West gerechter verteilen

Koalition: Keine Neiddebatte – Opposition: Aber ein Ablenkungsmanöver

„Städte im Westen wieder stärker fördern – der Bund wird seine gesamtstaatliche Verantwortung wahrnehmen!“ – Über dieses Thema debattierte der Landtag auf Antrag von SPD und GRÜNEN am 24. September in einer Aktuellen Stunde.



Dieter Hilser (SPD)

Dieter Hilser (SPD) bemängelte, dass den neuen Bundesländern, in denen 20 Prozent der Deutschen lebten, 80 Prozent der Städtebaufördermittel fließen. Das sei in den zurückliegenden 13 Jahren richtig gewesen, „aber im 14. Jahr

nach der Wiedervereinigung ist es an der Zeit, wieder zu einer gerechteren Verteilung der Städtebaufördermittel zu kommen“. Während es für den Stadtumbau Ost eine Vielzahl von Förderungsmöglichkeiten und Förderangeboten gebe, bestehe der Stadtumbau West nur in wenigen Modellmaßnahmen des experimentellen Wohnungs- und Städtebaus. Das müsse sich ändern: „Wir verlangen eine Förderung nach Bedarfslagen, nicht aber nach Himmelsrichtungen.“ Im Westen gebe es nicht nur Wachstumsregionen, sondern auch strukturschwache Räume. Hilser meinte, dass der bisherige Hinweis der Bundesregierung auf vordringliche Aufgaben in den neuen Bundesländern von den alten Industrieregionen und ihren Bewohnern nicht länger akzeptiert werde.

Dr. Thomas Rommelspacher (GRÜNE) hatte kein Verständnis dafür, dass angesichts der „Problemkumulation“ Städte wie Oberhausen, Gelsenkirchen und Herne, „in denen nahezu flächendeckend öffentliche und private Armut herrscht“, derzeit immer noch in den Fonds Deutsche Einheit einzahlen müssten, „während gleichzeitig den Menschen dort die öffentliche Infrastruktur wegge-

nommen wird“. Dort in den Kommunen denke man über „zivilen Ungehorsam“ nach – das sei mehr als nur Theaterdonner, betonte der Sprecher. Es gehe auch um den ganz normalen Stadtumbau, den man vornehmen müsse, um die Lebensqualität und -produktivität in NRW hoch zu halten. Wenn die Städte und das Land ihren Solidarbeitrag im ersten Jahrzehnt gern geleistet hätten, dann „verlangen wir jetzt aber eine Debatte darüber, was das gebracht hat“.

Bernd Schulte (CDU) wertete die Aktuelle Stunde als Beweis, dass Rot-Grün „kein Thema zu perfide ist, um von der katastrophalen Haushalts- und Finanzlage der Städte in Nordrhein-Westfalen abzulenken, deren Ursache Ihre verfassungswidrige Haushaltspolitik, Ihre wachstumshemmende Wirtschaftspolitik und



Bernd Schulte (CDU)

Ihre Zustimmung im Bundesrat zur Steuerreform des Jahres 2000 sind“. Der Sprecher wies angesichts der Forderung nach einer Neuverteilung der Mittel auf die Rechtslage hin, den Solidarpakt II, den der Bundesrat beschlossen habe und der den neuen Ländern bis 2019 rund 156 Milliarden Euro zusichere.



Dr. Thomas Rommelspacher (GRÜNE)



Dr. Michael Vesper (GRÜNE)

Fotos: Schälte

Beim Städtebau gingen nach diesem Vertrag 413 in die neuen und 152 Milliarden Euro in die alten Länder, davon 27 Prozent der Mittel an NRW. Warum haben grüne Städtebauminister die Verwaltungsvereinbarung unterschrieben? „Sie haben erst Tatsachen geschaffen, um diese dann lautstark zu beklagen. Das ist nicht der richtige Umgang mit dem Parlament.“

Karl Peter Brendel (FDP) erinnerte daran, dass die Mittel für die Städtebauförderungen nicht isoliert zu sehen sind, sondern Bestandteil von Vereinbarungen zwischen den Bundesländern – denen auch NRW zugestimmt habe – darstellen. Wenn in dem rot-grünen Antrag stehe, die Mittel des Bundes würden erheblich aufgestockt, dann suggeriere das ein Mehr für NRW: Das sei aber eine punktuelle Betrachtungsweise, rügte Brendel, der darauf hinwies, dass es zu einer Umverteilung der Mittel komme, „weil andere Mittel gestrichen werden“, etwa die Eigenheimzulage. Sein Eindruck sei, dass diese Diskussion davon ablenken solle, „dass die Mittel im Landeshaushalt im Ergebnis nicht aufgestockt, sondern in diesem Bereich drastisch gekürzt werden und dann nicht mehr zur Verfügung stehen“. Der Abgeordnete machte dabei die negativen Auswirkungen auf die Bauindustrie deutlich. Er fragte auch nach der Wirkung der bisher im Lande eingesetzten Mittel: In die Städte, die jetzt im Fokus stünden, seien in den letzten Jahren schon erhebliche Gelder geflossen – „war dieser Mitteleinsatz wirklich so effektiv, wie er dargestellt wurde?“



Karl Peter Brendel (FDP)

Städtebauminister Dr. Michael Vesper (GRÜNE) betonte, es gehe um keine Neiddebatte und auch nicht darum, die vorbildliche Solidarität der letzten Jahre aufzukündigen. Die werde weiter geleistet, aber dürfe in Zeiten knapper Kassen „nicht zur teuren Routine werden“. Man müsse sich mit den Inhalten der „Sonderförderung Ost“ beschäftigen. Da sei festzustellen, dass hierzulande nicht mehr dieselben Finanzspielräume wie früher vorhanden seien.

Außerdem hätten sich angesichts der „über ein Jahrzehnt dauernden Unterversorgung mit Städtebauförderungsmitteln“ die Probleme in NRW verschärft und – so Vesper wörtlich: „Auch die Sonderprogramme, die in Richtung Osten gehen, müssen sich einer regelmäßigen Evaluation stellen.“